

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
 die Expedition, Hohe Str. 4.  
 H. Bebel, Peterstr. 18.  
 F. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Sgr.  
 Filial-Expedition für die Vereinigten Staaten:  
 F. A. Sorge, Box 101  
 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

**Abonnements auf den „Volksstaat“**  
 für den Monat Juni à 4 1/2 Silbergroschen pr. Monat werden bei allen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition Hohestraße 4, wie Petersstraße Nr. 18, 1 und bei Kolporteur Müller, für die Umgegend Leipzigs bei den Filial-Expeditionen in Volkmarzdorf, Plagwitz entgegengenommen.  
 Die Expedition des „Volksstaat.“

### Der freie Staat.

Wenn Jeder weiß und thut, was recht ist,  
 Und immer frisch bekämpft, was schlecht ist,  
 Wenn Jeder fühlt, daß Keiner knecht ist,  
 Daß „hochgeboren“ sein Geschlecht ist,  
 Wenn Jeder sagen darf, was wahr ist,  
 So daß sein Brod nicht in Gefahr ist,  
 Wenn Jeder klärt, bis Jeder klar ist,  
 Wenn Keiner lobt, was tadelbar ist,  
 Wenn Jeder pflegt, was schön und gut ist,  
 Bis der Gedanke Fleisch und Blut ist,  
 Daß ird' sches Heil das höchste Gut ist,  
 Daß Krieg aus Ehrgeiz Frevelmuth ist,  
 Wenn die Gesellschaft der Vergleich ist,  
 Daß Recht und Pflicht für Jeden gleich ist,  
 Daß lohnend jeder Arbeitszweig ist,  
 Daß Keiner arm und Keiner reich ist,  
 Wenn Jeder von dem Bildungsgrad ist,  
 Daß er des Nächsten guter Rath ist,  
 Wenn jede Schule gute Saat ist, —  
 Erst dann erreicht — der freie Staat ist.

Mainz, Pfingsten 1872.

### Politische Uebersicht.

Die zwei Straßburger Mordspatrioten sind: der Professor des Strafrechts **Binding** (nicht Binder, wie in letzter Nummer irrtümlich gedruckt ward), und ein **Hr. von der Goltz**, der als Kreisdirektor bezeichnet wird. Am Pranger sind sie nun, die beiden Schandbuben, aber wie sieht's um die Bestrafung? Die Justizbehörden rühren sich nicht, sie scheinen die Folgen ihrer Passivität nicht zu begreifen, scheinen keine Ahnung zu haben, daß es hier nur die Wahl gibt zwischen zwei Dingen: Sühne des Frevels oder Mitschuld. Tritt eine Verfolgung nicht ein, so wird damit ausgesprochen, daß Mord und Todtschlag nach den heute in Deutschland maßgebenden Rechtsbegriffen erlaubte Handlungen sind, wenn die Mörder und Todtschläger zur herrschenden Partei gehören. Es ist das eine sehr bequeme Theorie, die nur den Einen Uebelstand hat, daß sie das Volk schließlich zwingt, die Mörder und Todtschläger sammt ihrer Sippe seinerseits todzuschlagen wie die tollen Hunde. Sieh die Französische Revolution.

Der Anblick des glänzenden Glends in der Hauptstadt des Milliardenreichs veranlaßt die „Kreuzzeitung“ zu folgender nachtornen Umschau: —

„Das Wachstum der „Metropole“ Berlin ist kein gesundes mehr. Der einen Eindrud von den Gegensätzen gewinnen will, die innerhalb der „Kaiserstadt“ leider immer mehr zur Gestalt gelangen, der besuche erst eine der mit eleganten Prachtbauten oder modernen Industriepalästen erfüllten Gegenden und begehe sich unmittelbar darauf nach dem Hüttenlager auf der „Schlächterwiese“ zwischen dem Canal und der Hagenhaide. Eine Bretterbude entsteht dort nach der anderen, um die Wohnungslosen aufzunehmen, und es sind dem Anschein nach arbeitsame Leute, welche sich bemühen, dort auf einem erpachteten Ackerfeld sich ein kümmerliches Obdach zu schaffen. Was soll aber werden, wenn eine Sommerepidemie, wenn die Typhuszeit des Herbstes, oder endlich der Winter kommt? Das Bild ist eine Predigt ohne Worte. Möchte die ernste Mahnung, die es verkündet, von Allen, die es angeht, beherzigt werden. Die Saat, welche hier aufgeht, deutet auf keine Segenernte.“

Vorstehendes ist ein Beweis dafür, daß nicht alle unsere Gegner mit Blindheit geschlagen sind, daß es vielmehr in den Reihen derselben Leute giebt, welche die Verhältnisse ganz klar zu erkennen vermögen. Desto schlimmer für sie, wenn sie jedem ernstern Versuch zur Abhilfe des Uebels feindlich entgegen treten. —

Das „Sächsische Wochenblatt“ enthält folgende Bemerkungen „über die Theilnahme an der Londoner Internationalen Arbeiterassociation“:

Es sind darüber Zweifel erhoben worden, ob ein Verbot der Theilnahme an der mit dem Sitze in London bestehenden Internationalen Arbeiterassociation sowie des Anwerbens und des Leistens von Beiträgen für diesen Verein, dem Vereinsgesetze vom 22. Nov. 1860 gegenüber, als gerechtfertigt angesehen werden könne. Diese Zweifel kann man jedoch als begründet nicht erachten. Denn wenn die unabhängige Polizeibehörde die Ueberzeugung gewinnt, daß ein Verein den Zweck verfolgt, Gesetzesübertretungen oder unfittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, daß also ein solcher Verein, gleichviel, ob es ein inländischer oder ein ausländischer Verein ist, da auch im letztern Falle die Gesetzmäßigkeit des Zweckes selbstverständlich nur nach dem Wahnsinne der inländischen Gesetzgebung beurtheilt werden kann, nach §. 20 des Vereinsgesetzes als unzulässig zu betrachten ist, so ist sie, wie dies aus der allgemeinen Kompetenz der Polizeibehörden, beziehentlich nach §. 2 des Kompetenzgesetzes vom 28. Jan. 1865 und aus der ihnen zunächst zugewiesenen Handhabung des Vereinsgesetzes folgt, berechtigt, dies auszusprechen, und die fernere Theilnahme daran, beziehentlich die Beförderung unter Strafandrohung polizeilich zu verbieten. In einem solchen Vorgehen der Behörde würde aber zugleich der Beschluß der Ausführung des Ver-

eins liegen, wenn schon der letztere bei ausländischen Vereinen natürlich nur für das Inland, beziehentlich für den Bezirk der betreffenden Behörde, in Wirksamkeit treten könnte.

Das „Sächsische Wochenblatt“ ist das Organ der Leipziger Kreisdirektion, und der obige Artikel trägt den amtlichen Kreisdirektionsstempel auf hundert Schritt sichtbar an der Stirn. Wir konstatiren dies ausdrücklich, da man es sonst für unmöglich halten würde, daß das Organ einer oberen Behörde, welche über richtige Beobachtung der Gesetze zu wachen hat, und nur unter dem Ministerium steht, in so unverblämter Weise die nackte Willkür, d. h. die Gesetzlosigkeit proklamiren kann. Wenn jede beliebige „zuständige Polizeibehörde“ „berechtigt“ ist, nach ihrer „Ueberzeugung“ d. h. nach ihrem Gutdünken, Vereine für unerlaubt zu erklären, dann existirt natürlich kein Vereinsrecht mehr, sondern nur noch die wütheste Anarchie mit Bezug auf die Handhabung der Vereinsgesetze.

Ein jeder Freund „geordneter Zustände“ muß aber aus diesem Beispiel die Mahnung schöpfen, mit verdoppelter Anstrengung solch „staatsgefährlichem“ Treiben entgegenzuarbeiten, und für Herstellung des „freien Volksstaat“ zu wirken, in dem Gesetz und Recht gleichbedeutend ist und das Gesetz herrscht. —

Wie die Fabrikanten das Coalitionsrecht verstehen. Der in Kassel soeben zu Stande gekommene „Sigaren- und Tabakfabrikantenverein“, hat in seine Statuten folgende Bestimmung aufgenommen: „Bei dem Eintritt einer massenhaften Arbeitseinstellung hat das korrespondirende Mitglied eines Fabrikplatzes sofort deren Meldung mit Namensverzeichnis der streikenden Arbeiter beim Direktorium zu machen, welches alsdann verpflichtet ist, sofort die Thatsache jedem korrespondirenden Mitgliede mit gedrucktem Namensverzeichnis der streikenden Arbeiter mitzutheilen. Die Mitglieder des Vereins verpflichten sich, Arbeitern, welche an einem annonzierten Strike, sei er ausgebrochen, wo er wolle, sich betheiligen, keine Beschäftigung zu gewähren.“ Es sind für die Innehaltung dieser Bestimmung Konventionalstrafen von 25 bis 50 Thlr festgesetzt. — Also Proskription, Verurtheilung zum Hungertod eines jeden Arbeiters, der von einem der einfachsten, selbst vom heutigen Staat ihm garantierten Rechte Gebrauch macht. Das ist Bourgeois-Liberalismus, und Bourgeois-Verstand!

Dresden. Der „Volksbote“ schreibt: „Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit soll demnächst der Prozeß gegen den Redakteur des „Dresdner Volksboten“ wegen Abdrucks der „10 Gebote im Reiche der Gottesfurcht und der frommen Sitte“ in zweiter Instanz verhandelt werden. In diesen 10 Geboten ist bekanntlich „Beleidigung des Reichsoberhauptes“ gefunden worden, obwohl nur öffentliche Zustände darin berührt und des deutschen Kaisers mit keiner Silbe Erwähnung gethan wird. Jedenfalls werden wir nicht verfehlen, den Nachweis der Staatsanwaltschaft, daß nach ihrer Ansicht die gerügten öffentlichen Uebelstände mit ihrem inneren Widerspruche gegen die 10 Gebote ureigene Thaten des Kaisers Wilhelm sind, in umfassender Weise der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen. —

Am 30. Mai wurde der Redakteur des „Dresdner Volksboten“ wegen „Beleidigung und Verläumdung“ des Polizeidirektors Schwauf zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt.

„Einer neuen Majestätsbeleidigung ist der Redakteur des „Dresdner Volksboten“ deshalb schuldig befunden und zu Gefängniß in Dauer von 2 Monaten verurtheilt worden, weil er eine Notiz des „Volksstaat“ aufgenommen, welche die letzterem geschehenen Verurtheilungen aufzählt. Wegen des Originalvergehens selbst ist der „Volksstaat“ zu je 25 und 15 Thalern Geldstrafe verurtheilt worden, also innsammt zu 40 Thalern; wegen der Notiz über diese Verurtheilung ist er freigesprochen; und weil der „Volksbote“ diese als strafflos befundene Notiz abgedruckt hat, wird er zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Das ist auch ein Beitrag zur sächsischen Gerechtigkeitspflege. — Ueberhaupt wird es nachgerade im höchsten Maße auffällig, daß das Justizministerium so überaus viele Beleidigungsprozesse wegen des deutschen Kaisers in Scene setzt; diese häufigen Liebesdienste für einen Mann, dem man gehorcht, weil man wenige Jahre vorher von ihm mit Waffengewalt besiegt worden ist, haben etwas Eigenes in sich, zumal vom Volke die Ehre eines Mannes nicht besonders hochgeschätzt zu werden pflegt, an der viele oder gar unaufhörliche gerichtliche Abwaschungen vorgenommen werden müssen. —

„Der Leipziger Hochverrathsprozeß wird demnächst ein Nachspiel in Dresden haben, indem wegen der über den Hochverrathsprozeß zu Dresden abgehaltenen Volksversammlung auf Befehl des Justizministeriums Klage wegen Beleidigung der Geschwornen, des Staatsanwalts Hoffmann und des Gerichtspräsidenten v. Wülke gegen Walster, Weiß und Hempel angehängt worden ist. Was jetzt in Sachsen in Bezug auf offizielle Ehrenbeleidigungslagen geleistet wird, ist haarsträubend; seitdem die berüchtigten „Paß-“ und Verachtungsparagrafen, „Schmä“ und andere Paragrafen gestrichen worden, wird Alles auf die Beleidigungsparagrafen geschoben.“

Am 1. d. M. ist Walster verhaftet worden, „weil durch sein öfteres Verreißsein die gegen ihn angehängten Untersuchungen Aufschub und Verzögerung erlitten.“ Soll dies etwa eine Beschwichtigung auf die neulich beschwerde Laßers

im Reichstage sein, daß in Sachsen die Prozesse immer so unmäßig lange dauern?

Anfrage an Herrn Hasenclever in Berlin. Von einigen Delegirten zur letzten Generalversammlung Ihres Vereins wird uns mitgetheilt, daß diese Generalversammlung den Herrn von Schweizer als Agenten der preussischen Regierung aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgestoßen habe. Wir haben bisher in dem „Neuen Sozialdemokrat“ vergebens nach einer Bestätigung gesucht, und richten deshalb an Sie in Ihrer Doppel-Eigenschaft als Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und Redakteur des „Neuen Sozialdemokrat“ die Frage: Hat Ihre letzte Generalversammlung den Herrn von Schweizer wirklich entlarvt und ausgestoßen, oder nicht?  
 Die Redaktion des „Volksstaat“.

### Der Gewerkschaftskongreß.

Gewerkschaften aller Branchen!  
 Wie bekannt, findet hier am 15. 16. und 17. Juni der allgemeine Gewerkschaftskongreß, verbunden mit den Generalversammlungen der verschiedenen Gewerkschaften, statt.

Wir theilen nun den Delegirten mit, daß für ausreichende Lokalitäten, sowohl zu den Verhandlungen der einzelnen Gewerkschaften, als für die Gesamtverhandlungen gesorgt ist. Aber nun Gewerkschaften, sorgt auch dafür, daß Ihr zahlreich vertreten werdet. Orte, welche nicht selbst einen Delegirten schicken können, mögen sich mit den ihnen zunächst liegenden Ortschaften verständigen oder ein Mandat in beglaubigter Form hierher einschicken. Hauptsächlich fordern wir die Thüringer Ortschaften, welche bis jetzt unsere Bestrebungen noch fern waren, auf, sich im Kongreß vertreten zu lassen, und können nöthigenfalls die verschiedenen Gewerkschaften gemeinsam einen Delegirten schicken, um mit zu berathen und mit zu helfen, eine Organisation zu schaffen, in welcher die Interessen des ganzen Arbeiterstandes vertreten werden. Für Freiquartiere wird ausreichend gesorgt. Die Delegirten werden ersucht, sich gleich nach ihrer Wahl bei Unterzeichnetem anzumelden, an welchen auch alle Zuschriften und Anfragen zu richten sind.  
 Das Komitee.

**Erfurt.** J. A. E. Friß, Fischer, Neugasse 5.  
**Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.**

Nürnberg. Nochmals Kollegen und zwar in den letzten Tagen vor dem Erfurter Gewerkschaftskongreß rufen wir Euch zu, erfüllt Eure Pflicht durch Abhaltung von Versammlungen, durch Abendung von Delegirten zum Kongreß. Bedenket, daß die vorgeschlagene Bildung einer Union eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Denn was sollen die, wenn auch vielen, aber einzelnen Vereine, was sollen einzelne Genossenschaften mit schwergeliedrigen, oft ganz unbeweglichen Verwaltungsmaschinen, welche das in so engen Kreis gesteuerte Geld der Mitglieder verschlingen? Darum scheint es uns dringend geboten, daß ein erspriessliches Ganzes geschaffen werde, wodurch eine Vereinfachung der verschiedenen Einzelverwaltungen herbeigeführt, und somit Ersparnisse erzielt werden, die dann der eigentlichen Verwendung erst zu gute kommen. Die Verwaltung der Internationalen Schuhmacher-Genossenschaft sieht recht gut ein, daß die gegenwärtige Separat-Agitation in Bezug auf Kranken- wie Unterstützungskassen, eine zu theure und dennoch verfehlte ist, sie sieht recht gut ein, daß nur die Kräfte aller Genossenschaften zusammengefaßt im Stande sind, den vereinigten Gegnern entgegen zu treten.

Wir fordern daher alle Kollegen auf, wenn sie wollen, daß ihren Interessen Rechnung getragen werden soll, sich vertreten zu lassen.

Jeder bereits bestehende Verein, jede Schuhmacher-Versammlung hat das Recht, einen mit Mandat versehenen Delegirten zu schicken, oder rechtzeitig an den Ort der Internationalen Schuhmacher-Gewerkschaft ihr Mandat mit Angabe der Zahl der Mandatgeber einzuschicken. Darum auf, Kollegen, rührt Euch; auf nach Erfurt!

Der Verwaltungsrath.  
 (Siehe dagegen Schluß auf Seite 3. In nächster Nummer bringen wir einen die hier ausgesprochenen, wie uns scheint unhaltbare Ansicht, daß die Gewerkschaften alle in einen Topf geworfen werden sollen, bekämpfenden längeren Artikel, welcher eine Föderation (Verbindung) der Gewerkschaften befürwortet und die Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaften zu einer einzigen, sogen. gemischten Gewerkschaft nur für solche Orte empfiehlt, in denen sich zur Bildung spezieller Fachgewerkschaften nicht die genügende Anzahl von Mitarbeitern findet.  
 Red. d. Volksst.)

### Aufruf an alle Buchbindergehülfen und verwandte Berufsgeoffenen.

Leipzig. Endlich ist es möglich geworden, auch hier wieder einen Buchbinderverein zu gründen, wovon wir hiermit die Kollegen aller Orts benachrichtigen.

Da das so schnelle Ableben des internationalen Buchbindervereins natürlich sehr niedererschlagend wirken mußte, so schien die Möglichkeit, eine neue Organisation einzurichten, wenn nicht für immer, doch für noch lange, in noch weiter Ferne zu sein.

Es ist, wie überall, so auch bei uns wieder der Beweis erbracht worden, daß sich die Arbeiterbewegungen nur aus den Verhältnissen und mit den Verhältnissen entwickeln; d. h. parallel wie sich die Industrie entwickelt, wird die Arbeiterbewegung stärker.

Nur die Vereinigung von Meistern hier, und die von ihnen in Aussicht gestellte und zum Theil schon eingeführte größere Theilung der Arbeit, welche nothwendig noch weitere Herabdrückung der Löhne nach sich zieht, veranlaßt uns, ernstlich an unsere Zukunft zu denken, und das Verfallene nachzuholen. Organisiert sind wir Alles — unorganisiert sind wir der Spielball der ökonomischen Verhältnisse.

Darum, Kollegen aller Orts, fordern wir Sie auf, in gleicher Weise sich local zu organisiren!

Ist für später eine engere Verbindung nothwendig, so wird von unserer Seite gewiß der Wille dazu nicht fehlen.

Allen denen, welche sich zu organisiren gedenken, und über die Tendenz unseres Vereins sich orientiren wollen, sind wir gern bereit, brieflich die nöthigen Mittheilungen zu machen. Wolle man sich in solchem Falle an unterzeichnete Adresse wenden.

Also, Kollegen, frisch auf! damit wir gegen die Verhältnisse ankämpfen, welche uns außer Stand setzen, unsere Pflichten gegen Familie und Staat zu erfüllen.  
 Mit Gruß  
 die Leipziger Kollegen.

Adresse: An Herrn S. Lau, Petersstraße 40. Vorsitzenden des Buchbindervereins.  
 NB. Alle arbeitervreundlichen Blätter werden gebeten, obigen Aufruf abzudrucken.

# Das Einkommen und seine Vertheilung.

Von G. A. S.

Aus den Untersuchungen von Karl Marx wissen unsere Leser, daß der Werth einer Sache nur in der „allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit“, besteht, welche in der Sache, dem Gute enthalten, geronnen ist. So wenig interessant solche Definitionen für Jeden sind, der sich noch nicht mit Volkswirtschaft beschäftigt hat, so notwendig sind sie doch, um den Zusammenhang des volkswirtschaftlichen Lebens verstehen zu können; von der richtigen Erkenntnis des Werthbegriffs hängt ein großer Theil der sozialen Entwicklung der Völker ab, was sich deutlich an den Zuständen in England und Frankreich erkennen läßt.

In England hält die Wissenschaft in ihren besten Vertretern an der von Adam Smith entdeckten Wahrheit fest, daß die menschliche Arbeit allein den Werth erzeuge. Dieser Satz ist 1837 von dem Amerikaner Carey — an dem, beiläufig gesagt, der Franzose Bastiat literarischen Diebstahl begangen hat, indem er den Inhalt von Careys Schriften theilweise als sein geistiges Eigenthum in die Welt schiedte — genauer dahin formuliert worden, daß der Werth jeder Waare gleich sei den Wiederherstellungskosten. Diese Erklärung ist präziser als die von Adam Smith, weil in ihr Rücksicht genommen wird auf die so häufige Thatsache, daß durch eine neue, Arbeit ersparende Erfindung der Werth der nach der alten Methode gefertigten Produkte — obgleich in ihnen mehr Arbeit enthalten ist — fällt, und sich dem Werth der durch die neue, arbeitersparende Maschine hergerichteten Waare gleichstellt.

Nicht die wirklich in der Waare stehende Arbeit, sondern die zu ihrer Wiederherstellung im gegebenen Moment nöthige Arbeit konstatirt also den Werth — aber überall zutreffend ist auch diese Erklärung noch nicht. Man denke an irgend einen, aus der Mode gekommenen Luxusartikel, der, weil nur noch Wenige ihn kaufen wollen, durch die Veränderung im Geschmack seinen Werth beinahe verloren hat; die Wiederherstellungskosten werden bei ihm meist höher sein, als sein Werth.

Für alle Fälle zutreffend ist erst die Marx'sche Erklärung, welche durch die glücklich gewählten Worte: „gesellschaftlich notwendig“ den Begriff des Werthes endgültig feststellt hat. (Vergleiche Nr. 2. 3. 4. dieses Blattes)

Die wissenschaftliche Erkenntnis, daß die Arbeit die Werthe erzeuge, treibt und drängt in England die gesetzgebenden Gewalten, oft wider ihren Willen, den gerechten Forderungen der Arbeiter allmählig nachzugeben, — ganz anders aber ist es in Frankreich.

Die dort herrschende Schule erklärt nach dem Vorgange Bastiat's den Werth als eine Folge des Tausches; der Werthbegriff sei erst entstanden, als ein Mensch zum Andern sagte: Thue Dies für mich, ich werde Jenes für dich thun. Der Werth ist demnach das Verhältniß zwischen dem zu Leistenden und dem zu empfangenden Dienste; es erfordert also der Werth die Konkurrenz zweier Schätzungen, der Schätzung des Käufers und der des Verkäufers.

Diese Erklärung des Werthes sieht also ganz von der Arbeit ab; — ist es da zu verwundern, wenn in Frankreich und bei der Manchesterpartei, deren „Advokat“ Bastiat war, die Rechte des Arbeiters vollständig mißachtet werden; wenn der Werth der Arbeit ebenfalls nur durch die Konkurrenz zweier Schätzungen — Angebot und Nachfrage — festgestellt wird?

Alle Werthe, Güter, die existiren, sind also das Produkt der menschlichen Arbeit; sie sind bestimmt, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, und werden im Wege der Consumtion von den Menschen verbraucht. — Die Summe von Gütern, welche in den Besitz eines Menschen hineinkommt, über welche der Mensch also freie Verfügung gewinnt, die er konsumiren kann, nennt man sein Einkommen. Im heutigen Verkehr wird das Einkommen gewöhnlich nach Zeit gemessen und versteht man daher meistens unter Einkommen die Summe von Werthen, welche im Laufe eines Jahres in den Besitz gelangen, also Jahres-Einkommen.

Wie nun jeder einzelne Mensch, um existiren zu können, ein Einkommen haben muß, so hat auch die Gesamtheit der Menschen — z. B. also auch die Gesamtheit der Einwohner eines Landes — ein Gesamt-Einkommen, welches gleich ist der Summe aller Einzel-Einkommen. Dieses Gesamt-Einkommen besteht aus lauter Werthen, ist also selbstverständlich gleich der Gesamtsumme der Produktion; mit andern Worten, gleich der Gesamtsumme der verwendeten, allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit oder ungeteilt; das Produkt der Summe der allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bildet das Gesamt-Einkommen.

Nach einfach mathematischen Gesetzen müßte also, da die Gesamtsumme der Arbeit gleich dem Gesamt-Einkommen ist, ein entsprechender Theil der Arbeit — etwa  $\frac{1}{100}$  — einen ebenso großen Theil des Einkommens bilden — also auch  $\frac{1}{100}$  —; es würde aber ein, den tatsächlichen Verhältnissen geradezu widersprechender Schluß sein, wenn man eine derartige Rechnung auf Personen anwenden wollte.

Nehmen wir an, 1000 Arbeitstage produziren das Gesamt-Einkommen gleich 2000 Werthstücken, so darf daraus nicht geschlossen werden, daß das Einkommen für einen Arbeitstag gleich 2 der obigen Werthstücke sei; dies Einzeleinkommen ist viel geringer und muß auch immer geringer sein.

Im ursprünglichen Zustand der Menschheit, ehe Arbeitsteilung und Kenntniß der Naturkräfte sich verbreitet hatte, brachte die Arbeit des Einzelnen kaum so viel hervor, als zur Erhaltung des Einzellebens nöthig war; — der nordamerikanische Indianer giebt uns noch heut ein ziemlich zutreffendes Bild dieses Zustandes. Nach angestellten Berechnungen sind circa 1000 Morgen Land, Jagdgrund, nöthig, um einen einzigen Menschen zu erhalten; ungünstige, dem Fortkommen des jungen Wildes schädliche Witterung erzeugt trotzdem sofort Hungernoth.

Mit der Verbesserung der Werkzeuge, mit dem Beginn des Ackerbaus und der Arbeitsteilung wird die Arbeit immer produktiver: d. h. die Arbeit liefert einen Ertrag, der größer ist, als das zur Erhaltung des Arbeiters nöthige Quantum von Gütern. Es ist nun allomöglich geworden, daß Einzelne ohne Arbeit leben können; ein Zustand, der für die geistige

und materielle Entwicklung der Menschen von der höchsten Wichtigkeit gewesen ist. Ursprünglich wurde der im Kampf bestiegte Feind getödtet; in dem eben geschilderten Zustand der Gesellschaft wird er zum Sklaven gemacht, weil seine Arbeit einen Ueberschuß gewährt, der dem Herrn zu Gute kommt. Aristoteles hielt daher auch die Sklaverei für notwendig, damit wenigstens ein Theil der Menschen die Zeit behalte, den Geist zu bilden; und dieser geistigen Bildung ist es schließlich zu danken, daß die Sklaverei abgeschafft wird.

Die gesellschaftliche Wirkung, daß jede Arbeit einen Ueberschuß läßt, befähigt nun einzelne Menschen, sich mit anderen, als direct Einkommensgüter erzeugenden Arbeiten abzugeben; — der Arzt und der Lehrer können nun von dem Arbeitsertrage der Andern mitleben. Man mag sich eine Organisation der Gesellschaft denken, wie man will, immer wird, wenn die Cultur nicht aufhören soll, ein Theil der Menschen vor der produktiven Arbeit befreit sein müssen, um als Lehrer, Arzt, Verwaltungsbeamter zu fungiren; — das Einkommen dieser Leute wird aus dem Arbeitsertrag der eigentlichen, produktiven Arbeiter, d. h. derer, die Waare anfertigen, welche auf dem Markt von Hand zu Hand verkauft werden kann — bestritten werden müssen.

Die unproduktiven Arbeiter, wie sie Adam Smith nennt, leisten der Gesellschaft oft wesentliche Dienste, müßten also auch von der Gesellschaft erhalten werden.

Durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung haben es die Menschen also dahin gebracht, daß die Arbeiter mehr Güter erzeugen, als zu ihrem, der Arbeiter, Lebensunterhalt notwendig ist.

Diesen Sinn hat der, von Herrn Schulze-Delitzsch in seinem Arbeiter-Katechismus so falsch angewendete Bastiat'sche Satz: „daß innerhalb der Gesellschaft, im Austausch der wechselseitigen Arbeitserzeugnisse und Leistungen, die Kräfte des Menschen weit über seine Bedürfnisse hinausgehen.“

Wir wissen, daß die an sich segensreiche Arbeitsteilung und die dadurch ermöglichte geistige Arbeit im Dienste der Menschheit grade zu dem Segenheil ihres ethischen Zweckes, der ist: Veredlung der Menschheit durch Verminderung der materiellen Noth, geführt hat. „Je vollständiger das Prinzip der getheilten Arbeit zur Anwendung kommt, desto schwächer, beschränkter und unabhängiger wird der Arbeiter. Die Kunst macht Fortschritte, der Künstler kommt zurück.“ (Tocqueville).

Abgesehen von der dienstleistenden Classe von Menschen finden wir überall noch eine Anzahl von Leuten, welche weder arbeiten noch sonst sich durch Dienste etwas verdienen und die doch Einkommen beziehen; das geschieht nur auf Grund des Besizes. Der Besiz gewährt Einkommen.

Jeder, der Grund und Boden besitzt, bezieht aus demselben Grundrente, der Capitalbesiz gewährt durch die Zinsen ein Einkommen ohne alle und jede Arbeit. Es ist bei Betrachtung dieses Zustandes gleichgültig, ob man die Existenz der Grundrente anerkennt, oder sie leugnet, wie es Carey und sein Plagiator Bastiat thun; wir wollen das Ganze aus dem Besiz entpringende Einkommen der Kürze wegen einfach Rente nennen. Von dem Unternehmergewinn können wir absehen. Den Manchestermännern ist das Wort schon ein Gränel, sie sprechen nur von Unternehmerlohn. Betrachten wir nun einen Theil des Unternehmergewinns als Lohn für wirklich geleistete Arbeit bei Leitung des Geschäftes, so fällt der andere, übrigbleibende Theil, weil ohne Arbeit gewonnen, mit unter den Begriff: Rente; er ist entstanden aus dem Besiz, und wenn auch der Unternehmer mit fremden Gelde gearbeitet hat, so ist das arbeitslose Einkommen doch immer nur aus dem zeitweiligen Besiz des Capitals entsprungen, für welchen zeitweiligen Besiz der Darlehnsgeber in den Zinsen seinen Rentenanteil erhalten hat. (Schluß folgt.)

Leipzig, 28. Mai. In letzter Zeit haben in und um Leipzig Kaufereien und Erzfesse der rohesten Art in großartigem Maßstabe stattgefunden; wenn man das „Leipziger Tageblatt“ (Firma Hüttner-Leonhardt) las, konnte man nach jedem Artikel, worin die ausschließlich „deutsche“ „Biederkeit“ und „Sittsamkeit“ gepriesen ward, gleich mehrere Berichte auf einmal finden, welche dorthaten, wie die „Nationalkraft“ in ihrer Leppigkeit, aus Ermangelung eines „Erbsandes“, gegen harmlos friedliche Mitgermanen ausstiehe. In allen Versammlungspausen, die (leider Schweigers!) unter den socialistischen deutschen Fraktionen innerhalb der letzten 6 Jahre vorgekommen sind, ist schwerlich  $\frac{1}{100}$  der Beschädigungen und Verletzungen von Gut und Leben verursacht worden, welche die Gerichtämter von Leipzig im letzten Jahre zu notiren — oder auch nicht zu notiren hatten (dann wo die Gefahr am größten, ist bekanntlich die Polizei nicht am nächsten). Gar zu gern hätten unsere Ex-Kapoleonsprecher, nachdem sie sich daran gemöhnt hatten, die Regelen und Bandalitäten der Deutschen im Kriege in ihren Blättern tobzufschwören oder zu läugnen, aber die Pariser „Nordbrände“ den Sozialisten aufzuhalsen, auch die Leipziger Vöbereien und Nordspitalereien auf Rechnung der Sozialdemokraten gesetzt, allein die Helben dieser Scenen waren in der Regel betrunkene Studenten oder sonstige verbummelte Existenzen, deren antisocialistische Gesinnung durch die Kriegsbentmünzen, die sie bei ihrer Aretirung noch auf der Brust trugen, nun einmal nicht wegzubispuciren war.

Da half unser „Tageblatt“ die Vorsehung eines schönen Tags ganz unversehrt aus der Noth. In der Nacht vom Sonntag auf Montag ist die sogenannte „Friedensseiche“ im „Rosenthal“, welche zum Ansehen an die in Frankreich gefallenen Leipziger vor ungefähr einem Jahre gepflanzt wurde, ihrer Krone beraubt und dadurch vernichtet worden. Darüber herrscht allgemein große Entrüstung, der denn auch das „Leipziger Tageblatt“ in den stärksten Ausdrücken Luft macht. Wir theilen diese Entrüstung, nicht weil es sich um eine sogenannte „Friedensseiche“ handelt, sondern weil der Baum ein Zeichen der Pietät für Verstorbene war, das auch Andersdenkende unter allen Umständen zu achten haben, und zweitens weil wir es als einen nicht streng genug zu ahnenden Akt der Rohheit überhaupt betrachten, wenn öffentliche Anlagen in rüchloser Weise zerstört und vernichtet werden.

Das „Leipziger Tageblatt“ begnügt sich aber nicht damit, seiner Entrüstung Ausdruck zu geben, es begehrt auch die gar nicht zu qualifizirende Handlung, die Ursache dieses Erzfesses und ähnlicher, in zwar versteckter aber nicht desoweniger sehr deutlicher Weise, der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Der letzte Satz seines Entrüstungsartikels lautet: „Vielleicht haben dazu auch die von gewisser Seite immer gepredigten Lehren beigetragen, daß der heutige Staat, die heutige Ordnung der Dinge um jeden Preis vernichtet werden müssen.“

Juristisch ist der Satz unansehnlich, denn mit dem „vielleicht“ ist ja nicht direct behauptet und mit dem Ausdruck „von gewisser Seite“ ist Niemand direct genannt. Aber alle Welt weiß, wer gemeint ist, und es gilt ja, die Gelegenheit einer allgemeinen Entrüstung zu benutzen, um diese in recht jesuitischer Weise auf den verhassten Gegner abzuladen.

Ja es sind würdige Männer die Herren Hüttner-Leonhardt. Um dieselbe Zeit, wo ein 23jähriger verdienstvoller deutscher Gelehrter in der „wunderschönen“ wüthendsten Stadt von einem deutschen Professor und einem deutschen Richter zu Tode geprägt wird, — waqt man wegen Forderung einer Eide solchen Gallog zu machen. Selbst wenn

es gar Sozialdemokraten wären, die das tragliche Erinnerungzeichen vernichtet hätten — was wäre dies im Vergleich zur russischen Affaire! An der Stelle der alten Eiche kann eine neue gepflanzt und das Gitter so eingerichtet werden, daß derartige Vandalen nicht mehr glücken können; die Angehörigen und Freunde der Gefallenen werden dann, wenn die neue Eiche groß geworden, ihren gerechten Aerger über das Geschehene vergeßen und — Alles ist wieder gut. Denn an die alte Eiche wird Niemand mehr denken; weder befreundete Eichen, denen die vernichtete viele Jahre lang nahe gestanden; noch Lebensgefährten und Kinder, welche etwa ihr Familienoberhaupt haben umbringen, sterben und in die Erde legen sehen, und dabei den Schwur der Rache ausgesprochen; noch sonstige Eichen, denen etwa das Herz geblutet, als die ärmste, ihrer Krone beraubt, hilflos schmachend da lag.

Aber Aussen, Aussen! Dieser Name soll Euch, Ihr „Morbspatrioten“, so lange in die Ohren geschrien werden, bis Ihr Eure Großmüthigkeiten, die solche „Helbenthaten“ zu wege gebracht, in die Hölle verwünscht, und bis Ihr froh seid, daß man Euch an das „heilige Jahr“ nicht mehr erinnert. — Und bei dieser Gelegenheit erfahrt auch unsere Ansicht darüber, wobei diese in der letzten Zeit so auffällig zunehmenden Rohheiten kommen. Nicht die „Vöbereien“ der Sozialdemokraten sind daran Schuld, sondern die täglich, sündlich das rohe Kraftbewußtsein ansachelnden und herausfordernden nationalen Heßartikel guter Blätter. Es das ist eben der Ausbruch der durch den langen Krieg mit Frankreich und die damit verknüpfte Beschönigung, ja Belobigung aller Grausamkeiten in das deutsche Volk hinein gebrachten Demoralisation, der sich hier offenbart. Diese wiederum hat ihren hauptsächlichsten Sitz in einer gewissen Sorte von Vereinen, die, wie in vielen Orten, so auch in der Leipziger Gegend sehr zahlreich vorhanden sind, und in welchen einseitige rohe Kraftausbildung, verknüpft mit maßlosen Saufgelagen und patriotischer Duselei, die Hauptstärke bildet, und die groß zu ziehen und zu härtseln die Blätter vom Raibter des obgedachten für ihre Pflicht stets gehalten haben und noch halten. Man erndet eben nur, was man gesät hat. Das Lerne man hübsch einsehen und schiebe nicht Männern, die Besseres zu thun haben, als Rohheiten und Erzfesse zu begehen, solche alberne Dinge zu.

Soviel mögen sich übrigens die Patrone des „Leipziger Tageblattes“ gesagt sein lassen: Wenn einmal Sozialdemokraten durch die niederträchtigen Kränkungen ihrer Gegner so gereizt werden sollten, daß sich ihr Unmuth in „urgermanischer“ Manier — so nennt man ja jezt unsern das Balgen und Zertrümmern — Luft machen müßte, so würden sie sich nicht eine unschuldige Eiche zum Opfer ausbeugen, sondern sich aus Gottes großem Thiergarten ein paar ganz andere „Pflanzen“ holen. —

Zum Schluß fordern wir unsere Parteigenossen in und um Leipzig auf, ihrerseits Alles anzubieten, um die Verübter jener Erzfesse im Leipziger Rosenthal ausfindig zu machen und sie der zuständigen Behörde anzuzeigen, die in diesem Falle erworbene Belohnung von 100 Thaler aber der „Volkskassensache“ zuzuwenden.

Leipzig, den 25. Mai. Bei der heutigen ersten Versammlung der Kürschnergehilfen, zu der sämtliche Arbeitgeber eingeladen waren, aber nur einer erschien, referirte unser Kollege Trost über die beiden Punkte der Tagesordnung: „Die Krankenkassensache“ und „Zweck und Nutzen der Fachvereine.“

Indem der Referent in ziemlich scharfer Weise über die heutigen Krankenkassen in Sachsen kritisch sich äußerte und nachwies, daß die heutigen Krankenkassen nur Erspießliches leisten können, wenn eine vollständige Freizügigkeit eingeführt würde, wurde darauf hin ein Antrag eingebracht: „Den Fachverein der Kürschner und Mäyermacher zu Leipzig zu veranlassen, für diese brennende Tagesfrage eine Agitation ins Leben zu rufen, um sich später mit dem Fachverein an die Gewerkschafts-Union, wenn dieselbe zu Stande kommt, anzuschließen.“ — Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung sührte der Referent ganz speziell die heutige Produktionsweise in unserem Geschäft in fargen Umrissen vor Augen, und wies darauf hin, daß, wenn wir von unseren Arbeitgebern etwas verlangen, wir zuerst uns klar sein müssen, was wir wollen, und ob die Forderung auch eine berechtigte ist; eine Aufklärung hierüber im vollsten Sinne des Wortes ist aber nur möglich, wenn alle Kollegen in den Fachverein eintreten. Der Referent sprach sich noch in sehr scharfer Weise über das Einhandtrinken aus, worauf sich schließlich alle Redner dahin erklärten, daß dieser Junktopf weggelassen müsse, um den Arbeitgebern zu benehnen, daß die Kürschner einsehen gelernt haben, daß dieser demoralisirende alte Gebrauch, der dem Hebel zu einer oft so schänden Verhandlungsweise bildet, auszurotten sei.

Aber ganz besonders wurde noch von einem Redner hervorgehoben, daß der Fachverein die Pflicht habe, gegen das heutige durch die Leipziger Messe herbeigeführte Nacharbeiten zu agitiren. Es liegt dies selbstverständlich im Interesse des Fachvereins, was durch Trost genügend erläutert wurde. — Nachdem der Wunsch ausgesprochen wurde, bald wieder eine Versammlung abzuhalten, ließ sich eine bedeutende Zahl in den Fachverein aufnehmen, und um 11 Uhr wurde die Versammlung, vom besten Geiste befeelt, geschlossen. Mit sozialistischem Gruß an alle noch fern stehenden Kollegen. Friedrich Dertelt.

Gommern bei Magdeburg. Auch in unserm Arbeiter-Städtchen ist der Segen der volkreundlichen Bewegung, die der Bourgeois mit dem fürchterlichen Namen „sozial-demokratisch“ wüthenbrannt bezeichnet, eingedrungen. Ja! ja! die Herren Großhändler gehen voran und der Kleinstädter und Arbeiter des Landes profitirt mit. Also unsere Arbeiter machten einen vollständigen Strike bei dem reichen Bierbrauer und Ochsenhändler Döring, die Zimmerleute des Zimmermeisters Liebig (früher selbst Zimmermann, jezt eifriger „Arbeitgeber“) bleiben von der Streake weg. Und siehe: Die göttliche Einmüthigkeit der Leute zwingt die Arbeitgeber, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen. Diese arbeiten jezt von 6 Uhr früh bis Abends 7 Uhr — also noch lange genug und können die Stunde von 5—6 ihrem Hause und ihrer Familie widmen. So ein Vater spielt auch mal früh gern mit seinem Schuchen und fühlt sich heimlich in seinen vier Pfählen — aber ein menschenwürdiges Dasein gönnt man nun einmal dem weihen Sklaven nicht. Aber Denen, so da arbeiten für's Wohl der Arbeiter, dankt hierdurch der Gommernsche Arbeiter und bittet mit socialen Gruß alle Mitarbeiter um Kenntnisaahme ihres Sieges.

Herborn. 6. Mai. Gewalt geht vor Recht! Unser Parteigenosse Schmidt betrachtete es, nachdem er seine Haft verbüßt hatte, als Ehrensache, nochmals hier aufzutreten, zudem da die Polizei das Gerücht ausgeprengt hatte, er habe dem Staatsanwalt erklärt, nie mehr auftreten zu wollen. Zur Abhaltung einer Versammlung suchten wir daher um Ueberlassung des hiesigen Rathhauseaales (welcher von allen übrigen Parteien sonst zu Versammlungen benutzt wird) bei hiesigem Gemeinderath nach, wurden aber abschlägig beschieden. Einen der größeren Wirthshausäle zu erlangen, war nicht möglich, da die Polizei die Wirth durch Drohungen von Concessionsentziehung und dergleichen so eingeschüchtert hat, daß dieselben uns unter keiner Bedingung einen Saal überlassen.

Unser Parteigenosse A. Heintz suchte daher bei hiesiger Bürgermeisterei als Polizeibehörde die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung im Saal auf dem hiesigen Schießplatz auf Sonntag den 5. Mai Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr nach, welche er auch erhielt und schreiben wir in Folge dieser Genehmigung die Versammlung aus.

Am Samstag Nachmittags haben wir jedoch den Landrath von Ouen aus Dillenburg ankommen und sich direct auf hiesige Bürgermeisterei begeben, — ein Zeichen, daß gegen uns etwas im Werk war. Da wir dringlichst hatten, in der Versammlung einen socialdemokratischen Arbeiterverein zu gründen und nach der Versammlung uns mit den neu eintretenden Mitgliedern noch besprechen wollten, so medelten wir eine zweite Versammlung auf Abends 8 Uhr in der Wirthschaft von Kurod an.

Nachdem wir Sonntag Morgens 4 Uhr auf dem Versammlungspolze eine Tribüne für die Redner gebaut hatten, wurde uns mitgetheilt, daß der Bürgermeister schon in aller Frühe bei Wirth Kurod gemein und dort erwielet habe, daß uns das Lokal für die Abendversammlung untersagt würde.

Um 10 $\frac{1}{2}$  Uhr Morgens wurde nun unserm Mitglied A. Heintz folgendes Schreiben zugesellt:

Herborn, 5. Mai 1872.

Herrn Adam Heintz dahier!

Ich benachrichtige Sie hiermit, daß die Erlaubniß zur Abhaltung

einer Volksversammlung auf dem Schießplatz auf höhere Verfügung hiermit zurückgenommen wird.

Ebenso kann die auf heute Abend 8 Uhr angeordnete Versammlung bei Arnold Kretsch nicht stattfinden, da nach einer mit schriftlich vorliegenden Erklärung derselbe kein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung nicht hergibt.

**Der Bürgermeister Todt.**  
In Folge unserer Einladung war die Stadt voller Menschen und hätten wir eine Versammlung bekommen, welche nach Tausenden zählte.

Die Polizei hatte zwar dafür gesorgt, daß das Versammlungsverbot publiziert wurde, trotzdem begaben wir uns um 3 1/2 Uhr auf den Schießplatz, um unsere Rechte zu wahren. Bei unserem Eintreffen fanden wir schon den Platz durch die Herdörner und Dillenburg'sche Gensdarmerei besetzt, wozu sich noch der Bürgermeister Todt und Amtmann v. Neuen sowie der päpstliche Polizeidiener gefellte. A. Heinz erklärte uns der Polizei, daß er als Einberufer der Versammlung dem in Masse anwesenden Volk mitteilen werde, daß und warum keine Versammlung stattfinden werde, worauf ihm mit sofortiger Verhaftung droht wurde.

Darauf vertheilte derselbe an die anwesenden Landleute Parteiprogramme, worauf die Gensdarmen wie die Tiger auf die Landleute zusürzten und deren Namen aufzeichneten. Nachdem Heinz den Bürgermeister befragt, von wem die „höhere Verfügung“ ausginge, erhielt er zur Antwort, dieselbe sei ohne jegliche Motivierung vom Landrath ausgegangen, und nachdem derselbe weiter den Bürgermeister auf die ungesetzliche Verfügung des Landraths aufmerksam gemacht, verließen wir unter Protest und unter Bekanntheit, daß wir uns bei der Kgl. Regierung hiergegen beschweren würden, den Platz. Der Bürgermeister erklärte schließlich noch: „Sie kennen ja die Polizeigewalt!“ Während nun ein Theil der bewaffneten Macht den Platz bis Abends besetzt hielt, praxomiläriten die Uebrigen alle Wirtschaftshäuser ab, um zu sehen, ob wir nicht doch irgend eine Versammlung abhalten könnten. Nach diesen Vorgängen ist das ganze Vereins- und Versammlungsrecht eine Chimäre und, wie Webel sagte, „den Bogen Papier nicht werth, worauf es geschrieben.“ Da man uns die Defektheit verbietet, werden wir im Stillen wirken und trotz Amtmann, Bürgermeister, Landrath und Gensdarmen einen Verein zu Stande bringen. In ganz Deutschland kann es größere Gewalttätigkeiten, als die hier gegen uns verübten, nicht geben.

**Herborn, 17. Mai.** Gestern fanden wir wegen der im Teich v. J. ergangenen Strafverfügungen von je 12, 6 und 5 Thlr., 43 Mann hoch, vor dem hiesigen Schöffengericht.

Gegen mich war eine Strafverfügung von 12 Thlr. ergangen, weil ich als Vertrauensmann der Partei Statuten und Mitgliederverzeichnis nicht eingereicht und weil ich eine gemüthliche Zusammenkunft der Mitglieder nicht polizeilich angemeldet hatte.

Zwei Witwe waren mit 5 Thlr. bestraft, weil in ihrer Wirtschaft Versammlungen getagt ohne polizeiliche Anmeldung, und die weiteren 40 Mann waren mit je 6 und 5 Thlr. bestraft, weil sie die Versammlung am 21. Nov. v. J. nach deren polizeilicher Auflösung nicht sofort verlassen hatten.

Die ganze Sache endete für die Polizei mit kläglicher Niederlage, indem ich nach 3stündiger Verhandlung freigesprochen und die Auffstellung der Polizei, wonach unsere Parteimitgliedschaft als Verein zu betrachten sei, vollständig verworfen wurde. Ebenso wurden alle übrigen Angeklagten freigesprochen bis auf unseren Parteigenossen Friedrich Pracht, gegen den die Polizei aussagte, er habe sich in der Versammlung am 21. Nov. „widersetzt.“ Diese „Widersehtlichkeit“ bestand nur darin, daß Pracht geäußert, „da sieht man die deutsche Freiheit!“

Pracht wurde zu 5 Thlr. Strafe verurtheilt, welche wir durch freiwillige Beiträge deckten.

Ein Glück war es für uns, daß die beiden Gerichtschöffen zwei einfache Landleute waren; wären es Herborn'sche Bourgeois gewesen, so hätten wir ein Verdict erlebt, welches dem Leipziger Geschworenverdict an die Seite zu stellen gewesen wäre.

**Neu-Jenndorf.** (Wahre Menschenliebe.) Samstag den 25. Mai um 5 Uhr Nachmittag passirte ein Unglück in einer hiesigen Spielkartenfabrik: nämlich ein Lehrling stand an einer Maschine dem Arbeiter; durch das rasche Arbeiten kam seine Hand in die Maschine und zerquetschte ihm 2 Finger. Da den Herrn Fabrikanten der Junge sehr dauerte, weil er sehr armen Eltern angehört, so schickte ihm der liebenswürdige Mann durch einen Arbeiter am Sonntag Morgen 6 Kr., sage sechs Kreuzer, um sich ein Stück Kuchen zu kaufen. Da sich der bestragte Arbeiter schämte, diese sechs Kreuzer zu dem Betragelnden zu tragen, so legte er noch sechs Kreuzer drauf.

**Spandau.** In der am 18. abgehaltenen Vereinsversammlung, in der außer der „Politischen Rundschau“ als zweiter Gegenstand auf der Tagesordnung ein Antrag von Herrn Kühn auf Auflösung des Vereins stand, motivirte Antragsteller kurz seinen Antrag wie folgt: „Da wir gegen 60 Parteigenossen sind, der Verein hingegen kaum 25—26 Mitglieder zählt, wir auch noch mit der Bildung einer internationalen Mitgliedschaft der Metallarbeiter vorzugehen beabsichtigen (d. h. sobald Herr Webel hier gesprochen), so ist die Auflösung des Vereins zu empfehlen und schon aus dem einfachen Grunde notwendig, weil die Parteiversammlungen immer bedeutend stärker besucht seien als die Vereinsversammlungen; denn nur auf diese Weise sei die wirkliche Verbreitung unserer Idee am Orte möglich.“ Hiesiger erklärte, da einmal die Stimmung durch den zu schwachen Besuch der Vereinsversammlungen für die Auflösung sei, nicht weiter gegen noch für sprechen zu wollen. Der Antrag wurde mit allen gegen 2 Stimmen, die sich der Abstimmung enthielten, angenommen. Es finden nun regelmäßig alle Montage Parteiversammlungen statt, und zwar im Saale des Gesellschaftshauses; mögen nun auch die Genossen, im Einklang ihrer höchsten Pflicht, pünktlich und zahlreicher als bisher in der Versammlung erscheinen.

**Braunschweig, 31. Mai.** Polizeithat. Der „Vollstrecker“ bezieht: Auf Anordnung der Herzoglichen Polizeidirektion hieselbst wurden heute in der Drucker des Volksfreunds, Johann in den Wohnungen der Herren Votz, Müller, Köhn und Brack, wahrscheinlich auch bei Anderen, Hausdurchsuchungen nach dem Programme vorgenommen, welches für das am 2. Juni stattfindende Gewerkschaftsfest bestimmt war. Die ganze Auflage wurde noch in der Druckerei vorgefunden und nebst dem Satz konfisziert. Es befindet sich auf dem Programm ein nach der Melodie der „Wacht am Rhein“ zu singendes feuriges Arbeiterlied: „Arbeitend leben oder kämpfend sterben.“ Nach den in der Druckerei gemachten Auswertungen des Herrn Polizei-Assessors Otto scheint dasselbe Veranlassung zu dem neuen Vorgehen der Polizeidirektion gegeben zu haben. Wir sind indes sehr gespannt, zu erfahren, welches Verbrechen in diesem nach unserer Meinung unschuldigen Arbeiterliede, welches seit mehr als einem Jahre in Sachsen, Preußen und andern Ländern polizeilich unbehindert gedruckt, verbreitet, deklamirt und gesungen worden ist, schließlich gefunden werden kann. Daß durch die hiesige ungesetzliche Konfiskation nur neue Propaganda für die Arbeiterbewegung gemacht wird, ist einleuchtend, und die Sozialdemokraten können für diese billige Agitation nur dankbar sein. Das Gewerkschaftsfest, welches selbstverständlich mit Verlassung des betreffenden Liedes, stattfinden wird, dürfte sich einer um so regeren Theilnahme erfreuen. Die konfiszierten unschuldigen Letztern, welche der Polizeidirektion doch wahrlich nur eine Last sind, deren Konfiskation auch schon deshalb keinen Sinn hat, weil dieselben mit wenig Arbeit leicht wieder zusammenzustellen sind, können sich nun, wie es auch unseren Redakteuren zeitweilig möglich gewesen ist, einmal ein wenig ausruhen.

**Braunschweig.** Im „Vollstrecker“ veröffentlicht Herr Pylor folgende Erklärung: „In der Nr. 56 des „Neuen Sozial-Demokrat“ vom 15. Mai v. J. befindet sich ein Heftartikel, in welchem meine Agitation in Stuttgart erwähnt ist und ich als „ehemaliger Theater-Agent“ bezeichnet werde. Ich würde von dem Artikel gar keine Notiz nehmen, wenn ihn nicht der „Vollstrecker“ reproduziert hätte. Dieser Umstand indessen nöthigt mich zu der Erklärung, daß ich niemals Theater-Agent gewesen bin, wohl aber im Jahre 1867 in einer Berliner Theater-Agentur als Sekretär gearbeitet habe, bis ich es eines Tages

satt bekam, meine Fähigkeiten von dem auf der Bühnenhaut liegenden Herrn Agenten ausbilden zu lassen. Mein Erscheinen in Stuttgart geschah übrigens ganz zufällig, da ich eigentlich nach Reunborn, welches eine halbe Stunde davon entfernt liegt, am vorhergehenden Tage zu einer Versammlung gekommen war. Herrn Hurlmann aus Halberstadt bekämpfte ich in Stuttgart, weil er über die Internationale ganz unvergehliten Unsinns schwätzte, die internationalen Gewerkschaftsgenossenschaften, deren Statuten ihm völlig unbekannt waren, angriff und rüchlich — man stünne — den Krieg von 1870 einen glänzenden Freiheitskampf nannte. Was unsern Parteigenossen Kühn betrifft, so mußte er in Hannover sich Arbeit suchen, weil er als Führer des siegreich beendeten Streikes der Schneidergehülfen hier in Braunschweig gemahregelt worden war.“

**Pforzheim.** Am 26. Mai fand hier zur Besprechung des Leipziger Hochverratsprozesses eine Volksversammlung statt, deren zahlreicher Besuch wir theilweise nachstehendem redaktionellen Notizblatt des „Pforzheimer Beobachters“ verdanken:

„Pforzheim, 24. Mai. Zu wiederholten Malen versuchten es die Abgeordneten der Sozialdemokratie, unter den hiesigen Arbeitern Anhänger für ihre Bestrebungen zu gewinnen. Willkommene Gelegenheit bietet diese Aposiephen der sozialen Revolution der Prozeß Webel-Lieblrecht, welcher als Gegenstand einer am nächsten Sonntag im „Wilhelmstheater“ abzuhaltenden Volksversammlung bezeichnet wird. Im wohlgeleiteten Interesse der Gesellschaft im Allgemeinen, sowie insbesondere des Wohles des Arbeiterlandes muß jeder wahre Freund des Volkes die warnende Stimme gegen eine Theilnahme an dieser Versammlung erheben. Was man auch über die Verurtheilung der beiden genannten Agitatoren geheimer Ansicht sein, so ist jedenfalls aber gewiß, und von Diefen zum Theil selbst zugestanden, daß sie die bittersten Feinde der jetzigen politischen Gestaltung Deutschlands und die Lobredner der von der Pariser Commune begangenen Schandthaten sind. Jedermann, der noch eine Spur von patriotischem Gefühl in seiner Brust trägt und der in den großartigen Ereignissen der letzten Jahre, welche der deutschen Nation die Bewunderung aller civilisirten Völker erlangten, die Verwirklichung des von den Besten unseres Volkes früher mit allen Opfern Erstrebten erblickt; — alle diejenigen, deren Herz noch einigem Abscheu empfindet vor den unsäglichen Verirrungen einer berauschten, in Mord und Brand schwelgenden Menge,\*) — müssen fern bleiben von einem Orte, wo man zu Gunsten des allgemeinen Umlaufs Kapital zu schlagen sucht aus dem Ausgange eines von den Predigern dieses Umsturzes als solcher bezeichneten sogenannten Tendenzprozesses.“

„Darum, Ihr Arbeiter, die Ihr noch Achtung haben vor den allgemeinen gültigen Rechtsanschauungen; Ihr Alle, denen Eigentum, Familie, Sitte und Religion noch anderes sind, als bloß veraltetes, über Bord zu werfende Dreck, bleibt weg von der auf Sonntag angelagten Versammlung und tragt nicht dazu bei, daß die Abgeordneten der Internationale sagen können, daß sie in Pforzheim so und soviel hundert gläubige Zuhörer gefunden haben!“

Auch der bekannte Fabrikant Moritz Müller sen. hatte im Intraatenthail des genannten Blattes auf die „sehr gefährlichen Fragen und Bestrebungen“ der Sozialdemokratie warnend aufmerksam gemacht und dabei unter Anderm folgendes zum Besien gegeben:

„Die meisten meiner Mitbürger sind wohl gegen diese Lehren eingekommen, ja scheuten recht darüber, aber sie sind nicht im Stande, die, mit Gehalt und Wissenschaftlichkeit als Wahrheit dargestellten Irrthümer (wissenschaftliche Irrthümer?) und blendenden Vorderbühnen zu durchschauen und zu widerlegen.“

So kam es denn, daß der Oberbürgermeister, Stadtdirektor, zwei Abgeordnete und eine große Anzahl von Fabrikanten in die Versammlung gekommen waren. Carl Sieder eröffnete dieselbe und Schob referirte; als dieser sagte: „Wir sprechen unsere Verachtung über die Leipziger Verurtheilung aus,“ schloß der Amtmann augenblicklich die Versammlung.

Es wurde darauf eine Versammlung auf den folgenden Abend angezeigt. (Bericht über dieselbe in nächster Nummer.)

**Notiz.** Nachdem die hiesigen Sozialdemokraten von keinem Gastwirth ein Lokal zur Abhaltung von Volksversammlungen erlangen konnten, kamen sie beim Stadtrath um Ueberlassung eines Communplatzes zur Abhaltung einer Volksversammlung ein; da auch dieses verweigert wurde, ergriffen sie Refus in die Kreisdirektion, von welcher kein Bescheid erfolgte; dann gingen sie ans Ministerium, jedoch ebenso erfolglos; endlich reichten sie Beschwerde beim König (!) ein und da kam nach ungefähr 9 Tagen die Einschließung zurück, daß der hiesige Stadtrath einen Kommunplatz zur Abhaltung von Volksversammlungen abzugeben habe. Hieraus beriefen nun die hiesigen Parteigenossen auf Sonntag den 26. d. eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Der Leipziger Hochverratsprozeß und die Einsetzung der Arbeiterbewegung“ ein, die ziemlich zahlreich besucht und wobei Viele vom Militär anwesend waren. Als Referent erschien Fint aus Leipzig. Am Schluß seines Vortrages über den Hochverratsprozeß wurde nachstehende Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige Volksversammlung zu Notiz erklärt sich in vollkommenster geistiger Ueberreinimmung mit den Verurtheilten des Leipziger Hochverratsprozesses und dankt diesen Männern für die Energie, mit der sie die Prinzipien der Sozialdemokratie in diesem Tendenzprozeß verfochten haben. Die Versammlung verurtheilt aufs Entschiedenste jeden Tendenzprozeß, und spricht insbesondere ihre Mißbilligung über die Führung und parteiliche Leitung des Leipziger Prozesses aus.“

Nun geschah, was noch nie dagewesen. Der überwachende Beamte, ein Gerichtskamtsregistriator, der sich schon vor Eröffnung der Versammlung erlaubte, in einer Knippsacke an den Referenten sich zu äußern: „Nochthut ist eine friedliche Stadt, die Bürger und Arbeiter leben im besten Einvernehmen, nur einige Dummköpfe unter den Arbeitern sind es, die dasselbe stören wollen“, (für welche Aeußerung ihn der Referent gehörig abblitzen ließ) verlangte nun, als Fint zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergehen wollte, nachmalige Abstimmung über die Resolution und Zählung der Stimmen, denn er müsse wissen, wer dafür und wer dagegen gestimmt habe.

Dieses Verlangen wurde von Seiten des Referenten mit Energie zurückgewiesen, da es die Besugnisse, die der Registriator als polizeilicher Ueberwacher der Volksversammlung habe, überschreite. Hi-rauf löste nun gedachter Herr, dem es wahrscheinlich in seinen alten Tagen zum erstenmale passirte, daß er zu solchem Posten berufen wurde, die Versammlung auf; der Auflösungsbehehl stieß in der Versammlung auf mehrfachen Widerspruch. Nun erklomm der Hr. Registriator die Tribüne und wollte, wahrscheinlich weil sonst Niemand mehr sprechen durfte, die Versammlung durch eine Rede ergößen, doch das unbanbare Publikum empfing ihn mit Schlägern und lauten Zurufen, so daß er nach 5 Minuten langem heftigem Bestreben, sich verständlich zu machen, unterstanden die Tribüne verlassen mußte.

Gegen diese ungesetzliche Handlungsweise des überwachenden Polizisten wird Beschwerde ergriffen.

Die Parteigenossen von Notiz lassen sich durch solche Vorkommnisse nicht abschrecken und eine demnächst wieder einzuberufende Versammlung wird zeigen, daß sie am Platze sind. Dergleichen Dinge nützen unserer Sache nur, und Mancher, der uns fern geblieben, hat sich hierdurch veranlaßt gesehen, in die Partei einzutreten. Nebenbei sei noch einer Aeußerung eines mitanwesenden Gerichtsdiener's Erwähnung gethan. Dieser Mann, Vater von 6 Kindern, äußerte: „Die Arbeiter wollen nur viel Lohn und nicht arbeiten“, und benahm sich überhaupt so exzessiv und herausfordernd, daß es nur der durch das Gebahren seines Chefs (des Hrn. Registriators) ertheilten Stimmung der Volksmenge und dem geistlichen Sinne unserer Parteigenossen zu danken ist, daß seine Provokationen unbeantwortet blieben.“

**Chemnitz.** Die gegen die „Freie Presse“ verhängten und bereits rechtskräftig gewordenen Geldstrafen haben die Summe von 202 Thalern erreicht, von denen 55 Thlr. am 18. März und 27 Thlr. am 15. April bezahlt worden sind. Am 1. Juni spätestens ist die in der Klagefache Zimmermann's wegen der Strife-Kruse ausgeprochene Strafe von 120 Thalern zu erlegen. An freiwilligen Beiträgen zur Dedung dieser Strafen sind bis jetzt in Summa 178 Thlr. 11 Kr. 5 Pf.

eingegangen, so daß zur Erlegung der noch zu zahlenden 120 Thlr. bloß noch 24 Thlr. fehlen.

**Lambrecht,** den 31. Mai. Der hiesige Tuchmacher-Strife dauert fort, die Arbeitgeber versuchen alle Mittel, die Gehülfen weithlos zu machen und das Publikum zu täuschen. Glücklich der Weise haben die Herrn Arbeitgeber Gegner gefunden, mit denen sie nicht so leicht fertig werden. Der größte Theil der Gehülfen, ledig wie verheirathet, ist abgereist, und was noch hier ist, sucht sich andre Beschäftigung. „Nicht nachlassen“ ist die Losung; „wir müssen unsere Forderungen durchsetzen!“

Collegen und Brüder! Wir stehen für Euch im Kampfe, Ihr werdet nicht versäumen, Eure Bruderpflicht zu thun; sorgt für Unterstützung der streikenden Collegen und haltet jeden Zuzug fern.

**Klagenfurt.** Am 12. Mai fand im Salon „zur Glocke“ eine allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung statt; man schätzte die Zahl der Anwesenden auf 700, darunter waren 150 Arbeiterinnen, welche in der k. k. Cigarettenfabrik beschäftigt sind. Auf der Tagesordnung stand: 1) der Normalarbeitstag, 2) Zwed und Bedeutung der Arbeiterkammern, 3) allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Angelegenheiten.

Preschern, als Einberufer, ergriff über den ersten Punkt das Wort und sprach über die vielfachen Arde terbewegungen zur Erlangung des Normalarbeitstages. Redner setzte die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auseinander und gab ausführliche Belege aus verschiedenen hiesigen Geschäften an, um daran zu zeigen, warum die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll.

Frau Verbasi sprach im Namen der Arbeiterinnen den Wunsch aus, daß in der Cigarettenfabrik die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden möge.

Hierauf ließ eine feindliche Seele die Worte fallen: „Es wäre wünschenswerth, daß eine Hungerstoth ausbräche und die Arbeiter das Gras fressen müßten!“ Diese Aeußerung gab Preschern der Versammlung bekannt. Es wurde dann folgende Resolution verlesen und angenommen:

„In Erwägung, daß der Normalarbeitstag, bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, die auf Lohnflaenerie gegründet ist, ganz gut durchführbar ist; in Erwägung, daß die gegenwärtig übliche, übermäßig lange Arbeitszeit sowohl den physischen als moralischen Lebensbedingungen widerspricht und die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren natürlichen Menschenrechten verfürzt, fordern die heute versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen Klagenfurt von dem gesetzgebenden Körper die Einführung des gesetzlichen zehnstündigen Arbeitstages.“

Beim zweiten Punkt sprach Ulrich zuerst über die Forderungen eines „allgemeinen direkten Wahlrechts“ und bemerkte, daß die Regierung es jetzt einführen nicht für profisch hält, indem die ultramontane Partei zu stark sei; sie habe daher den Vorschlag gemacht, vorläufig „Arbeiterkammern“ zu errichten. Redner betonte, daß bereits in Deutschland dieser Vorschlag in Anregung gebracht worden sei, sowie daß Dr. Schlegel noch nebensü die Errichtung von Arbeiter-Kemtern empfehle. Ulrich sprach sich ganz speziell über die Nützlichkeit und Vortheile derselben aus und zum Schluß erklärte er, daß man dafür auf das allgemeine direkte Wahlrecht vorläufig Verzicht (!!) leisten könne.

Preschern sprach in dieser Angelegenheit weiter und schloß den Wunsch an, daß die Gründung eines „allgemeinen österreichisch-ungarischen Verbandes“ ins Leben treten möge. Redner verlangte die Einbringung dieser Angelegenheit vor das Landespräsidium durch ein Komitee, um durch dasselbe die Wünsche der Arbeiter der Behörde vorzulegen.

Hierauf wurde folgende Resolution verlesen:

„Die heute in Klagenfurt versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erwarten von der Regierung, daß dieselbe die schon so lange gehofften und erbetenen Arbeiterkammern baldigst einführen werde, als einen Theil des allgemeinen Wahlrechts, als einen Theil der wichtigsten Forderungen, welche das arbeitende Bürgerthum zu verlangen das Recht hat.“

Nach Annahme dieser Resolution wurde ein Komitee gewählt, bestehend aus Hedner, Preschern und Staubinger.

In der Debatte über den dritten Punkt setzte Preschern die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Cigarettenfabrik deutlich auseinander, auch gab er einige Belege bekannt über die Verwaltung der Krankenkasse und über das Verhalten des Vorstandes dieser Kasse. Es folgte auch die ausführliche Bekanntgabe der Apotheken-Regnungen, um damit zu beweisen, wie arg die Arbeiter betrogen werden. Redner sprach eingehend über die geringe Unterstützung im Krankheitsfalle im Verhältnis zu der hohen Einzahlung, und daß sogar Diebstahle, welche 9 Jahre eingekauft haben, nur sechs Wochen Unterstützung erbalten. Auch berührte er die schändliche Gewohnheit, daß die Kosten eines Leichenbegängnisses stets durch eine Sammlung aufgebracht werden müssen.

Nachdem Redner über die geringen Lohnsätze gesprochen, forderte er die Ausschußmitglieder der Cigarettenfabrik auf, sich in dieser Richtung auszusprechen. Troy der Aufforderung meldete sich Niemand.

Auch Steiner sprach sich in manchen Beziehungen mißliebiger aus und erwähnte, daß vor Kurzem ein Sak mit Tabak abhanden gekommen sei, wobei der Verdacht auf die Arbeiter fiel; zur Dedung des Schatzes mußte eine Sammlung veranstaltet werden; als aber der gestohlene geglaubte Sak unverfehrt in jeder zum Vorschein kam, habe man das gesammelte Geld nicht mehr zurückgegeben.

Göze, Steiner und Holdt sprachen in ausführlicher Weise über die Vortheile der „Arbeiterkranken- und Invalidenkasse“ und forderten die Anwesenden auf, zahlreich beizutreten.

Preschern trug zum Schluß noch einige Ergänzungen nach und forderte zur Gründung eines „Arbeiterinnenbildungsvereins“ auf. Ein Komitee wurde mit Leitung dieser Angelegenheit, Ausarbeitung der Statuten u. s. w. betraut. Sodann wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen:

„Die Arbeiter und Arbeiterinnen der heutigen Versammlung bedauern die schlechte Einrichtung der Zahlungsverhältnisse in der hiesigen Krankenkasse der k. k. Tabakfabrik, indem die Einzahlung mit 3 Kr. pro Verdiensthälften zu hoch gegriffen, die Auszahlung im Gegensatz zu niedrig gestellt ist. Wir Arbeiterinnen wünschen die Verwaltung der Fabrikkrankenkasse selbst zu leiten, da es unserer fester Wille ist, diesen Mißverhältnissen abzuhelfen. Auch sind wir festen Willens, in Klagenfurt einen Arbeiterinnen-Vidungsverein zu gründen, um dadurch einen Körper zu erhalten, welcher für unsere traurigen Interessen einsteht.“

Zum Schluß folgte die Wahl des Komitees, bestehend aus den Frauen Steiner, Bär und Kobernig. D. V.

**Zum Gewerkschafts-Congreß.**

**Leipzig, 2. Juni.** Um die Verhandlungen des Kongresses möglichst zu beschleunigen, ist vor allen Dingen nöthig, daß man die Unionsfrage vorher so viel wie möglich zu klären sucht. Die Union, Vereinigung, hat nur da einen Sinn, wo, wie in kleineren Orten der Fall, es nicht möglich ist, besondere Mitgliedschaften der einzelnen Gewerke zu bilden. Also in solchen Orten, wo nur wenige Arbeiter von den einzelnen Branchen vorhanden, empfiehlt es sich, daß man die Gewerkschafts-Vereinigung (Union) zuläßt. Es würde sich demnach empfehlen, daß Einer die Arbeiter der verschiedenen Branchen, von denen bereits Gewerkschaften bestehen, zu einer Versammlung einberuft, in welcher alsdann 1 Bevollmächtigter, sowie Kassirer u. s. w. erwählt werden. Die neuerwählten Beamten übernehmen für jede Gewerkschaft die Fortführung der Geschäftsbücher, und berufen zu diesem Zwed gemeinschaftliche Sitzungen (Versammlungen) ein. In größeren Städten müßten die Mitglieder es sich angelegen sein lassen, jede einzelne Branche, oder Gewerkschaft, zu stärken und die Union als Nothbehelf fallen zu lassen. Somit, wenn man die allgemeine Verschmelzung als etwas Neues oder Wichtigeres betrachtet, könnte man ja auch ebensogut die sozialdemokratischen Vereine als Union erklären. Die Strife, die bisher fast epidemisch und gleichzeitig in einem und denselben Gewerke stattfanden, müssen unter allen Umständen, viel, viel besser geregelt werden. Wer unterflügt zu werden verlangt, hat Anders wenigstens das Recht einzuräumen, sein Urtheil: Billigung oder Beto (Ja oder Nein) vorher abzugeben.

Eine Extra beilage zum „Vollstrecker“, etwa unter dem Titel: „Gewerkschaft“, alle 14 Tage erscheinend, genügt vorläufig und würde manchen Uebelstand beseitigen. G. E. Seifert, Delegirter für die Holz-Arbeiter Leipzigs.

\*) Webel kann aus Gesundheitsrücksichten jetzt keine Agitationen unternehmen, zu oben ausgeprochenem Zwede dürften sich wohl andere agitatorische Kräfte finden lassen. Red. d. B.

\*) Sind damit etwa die Verwüstungen und Zerstörungen durch die Deutschen in Frankreich gemeint? Das wäre ja eine vom Staatskanzlei nicht zu übersehende Veleidigung der „Deutschen Waffenehre“.

Internationale Metallarbeiter-Gesellschaft.

Würzburg, den 2. Juni. Da unsere Prinzipale nicht nachgeben wollen, und es noch einen harten Kampf kosten wird, den Strike ehrenhaft auszuführen, so möchte ich unsere Kollegen Deutschlands auffordern, uns zu unterstützen.

George Stenz, Bevollmächtigter. Briefe u. s. w. sind zu senden: Fischmarkt Nr. 43 oder Gasthaus zur Stadt Mainz. Würzburg.

Großhain, 22. Mai. Wie bekannt, besteht hier eine internationale Gewerkschaft der Manufaktur- und Handarbeiter, welche sich wacker gehalten. Wir liegen es an Agitation nicht fehlen, leider immer mit wenig Erfolg, bis vor Kurzem durch den Leipziger Schneiderstreik auch die hiesigen Schneider- und Schuhmachergehilfen mit einer Lohnforderung an ihre Meister herantraten und ohne Strike Erfolg hatten. Aber weder die Schneider noch Schuhmacher ließen etwas in der Öffentlichkeit von sich hören.

Nun wurde auch der Wunsch der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter laut, etwas in Bezug auf Lohnverbesserung zu thun. Wir berieten daher eine Versammlung ein und stellten auf die Tagesordnung:

„Die jetzigen Lebensmittelpreise gegenüber den jetzigen Lohnverhältnissen.“

Es wurde ein Komitee gewählt, welches sich mit der Ausarbeitung einer statistischen Uebersicht über die nothwendigsten Bedürfnisse einer Familie von Mann, Frau und drei Kindern befaßte. Die Resultate der Untersuchung lassen wir hier folgen:

Table with 2 columns: Item (e.g., Frühstück, Mittagbrot) and Price (Lhr. 2 Rgr. 1 Pf.).

Summa — Lhr. 18 Rgr. 6 Pf. dieses 7 Mal, beträgt 4 Lhr. 10 Rgr. 2 Pf.

Dazu gehört noch ein wöchentlicher Bedarf:

Table with 2 columns: Item (e.g., 1/2 Scheffel Kohlen, Holz) and Price (Lhr. 8, Rgr. 4, Pf. 3).

Wöchentlicher Bedarf Summa Summarum 5 Lhr. 28 Rgr. 3 Pf.

Vorstehendes wurde in einer Versammlung vorgetragen und fand großen Beifall. Man warf die Frage auf, wie bei einem Durchschnitts-Einkommen von 3, bis 4 Thlrn. bei Tuchmachern und Spinneern, bei den übrigen Arbeitern pro Stunde 10 bis 12 Pf., das Defizit gedeckt würde? Es müssen natürlich Frau und Kinder von früh bis Abends angespannt werden; trotzdem reicht der Lohn nicht aus, den Lebensunterhalt zu erwirtschaften. Man frage nur die Landbewohner der Umgegend, wie sich hier die Arbeiter nähren; sie werden die beste Auskunft darüber geben können, wenn sie im Herbst die Kartoffeln ernten.

Man wählte nun ein Komitee, in welchem jede Branche der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter vertreten war und überreichte dem hiesigen Fabrikantenverein eine Lohnforderung, welche nicht über 25 Pct. beträgt. Hoffen wir, daß es gelingt. Sollten sich jedoch die Fabrikanten weigern, so werden wir uns genöthigt sehen, die nöthigen Maßregeln zur Erreichung unserer gerechten Forderungen anzuwenden.

Wir bitten alle Fachgenossen, hierauf zu achten und bei etwaiger Arbeits-Einstellung, welche wir bekannt geben, Zuzug fernzuhalten. (Der Strike ist inzwischen ausgedehnt, wir aus nächstehenden, unmittelbar vor Redaktionschluss uns zugehenden Brief erhellt):

Großhain, den 2. Juni. Strike. Freitag den 31. Mai stellten die Hand- und mechanischen Weber der Gebrüder Raunborn die Arbeit ein, denselben folgten nach die Arbeiter der Firma Emil Schilling, die Spinner der „Sächsischen Wollgarnfabrik“, die Spinner der Gebrüder Meißner und die von Caspari. Verschiedene Branchen folgten außerdem noch nach: die Rauher, Scheerer und sämtliche Wollsortierer.

Die geringen Forderungen, die wir gestellt, wurden rundweg abgeschlagen; es wurde vom Fabrikantenverein ein gedrucktes Plakat angeschlagen, welches am Schluss folgendermaßen lautet: „Wir, die Unterzeichneten, machen bekannt: wenn nicht sämtliche Arbeiter mit dem von uns gestellten Lohnsatz bis heute Abend 6 Uhr sich zufrieden erklären, werden Montag früh sämtliche Fabriken geschlossen sein.“ Wenn man bedenkt, wie gering die Forderungen waren, die gestellt worden sind, so muß man sich wundern, mit welcher Raschheit und Hast von Seiten der Fabrikanten verfahren wird. Wir sind entschlossen, fest auszuharren, wenn wir einigermaßen unterstützt werden. Wir bitten daher alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, den Zuzug streng fern zu halten, da der Kampf hartnäckig zu werden scheint. Viele Familienväter stehen im Kampf; die Haltung ist gut.

Briefe u. s. w. sind zu senden an das Strike-Komitee, Tuchmacherberge, Großhain. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges abzubilden.

Julius Kühn, Vorsitzender. Nürnberg. Nachtrag zur Abrechnung über den Schneiderstreik. Von Augsburg 22 fl. erhalten; hier von 12 Thaler nach Mainz geschickt.

Berlin, den 3. Juni. Der „Demokratische Arbeiterverein“ beschloß in seiner Sitzung den 28. v. M. statigefundenen außerordentlichen Generalversammlung, von nun an den Namen „Socialdemokratischer Arbeiterverein“ zu führen. Gleichzeitig wurde beschloffen, die Sitzungen nur zweimal des Monats abzuhalten.

Berlin, d. 30. Mai. Auf der Tagesordnung des am 17. Juni hier abzuhaltenden Kongresses der Sattler stehen folgende Gegenstände:

- 1) Die Lage des Sattlergewerbes. 2) Das Lehrlingswesen und der Einfluß desselben auf das Geschäft. 3) Der Normalarbeitstag. 4) Statist. der Löhne, resp. Marktpreise der verschiedenen Städte Deutschlands. 5) Die Organisation.

Wir bitten, alle Anmeldungen zum Kongress an dem Vorsitzenden Herrn Jonas, Wallisadenstraße 12, so schnell wie möglich gelangen zu lassen, auch appelliren wir an alle arbeiterfreundliche Blätter, Vorstehendes aufzunehmen zu wollen. Daß die „Volkzeitung“ ihr Lügen nicht lassen kann, beweist sie auch heute wieder, indem sie schreibt, die Sattler wären „gründlich reingelesen“ mit ihrem Strike, oder sie hätten zum Theil nur sehr wenig erungen: wir haben schon verschiedene Male Gelegenheit genommen, jenes Blatt eines Besizers zu belehren, indem wir es aufforderten, Einsicht in die vielen schriftlichen Zusagen zu nehmen, indeß vergebens; wir werden aber die Beweise jetzt veröffentlicht; wir haben mit den Privatarbeiten sehr gut operirt, und das war auch unsere Hauptabsicht.

Breslau. Den Kollegen zur Nachricht, daß uns die Fabrikanten nach täglichem Strike den früheren Lohnsatz wieder bewilligt, und wir in Folge dessen die Arbeit wieder aufgenommen haben. Für die bereitwillig zugelegte Unterstützung, vor Allem den Leipziger Kollegen, unsern besten Dank.

Die Gigarrenfabrik der Fabrik von Peter u. Markus. Dresden, den 27. Mai. Am 24. Mai wurde in der Versammlung der Internationalen Holzarbeiter-Gewerkschaft zu Dresden als Delegirter nach Erfurt zum Kongress das Mitglied Peter gewählt, und können diejenigen Gewerkschaften, welche keinen Delegirten schicken können, selbigem ihre Mandate übermitteln. Adresse: P. Peters, Schreibergasse Nr. 8, 2 Treppen.

Gotha, den 20. Mai. Neue Ausbreitung. Vor einige Wochen (siehe Unterzeichnete eine Partie „Volkstaat“ an die Arbeiter der Porzellan-Fabrik in Großhainbach. Die dortigen Arbeiter haben unser Blatt mit der größten Aufmerksamkeit gelesen und vertheilten bei meiner Anwesenheit, für die größtmögliche Verbreitung desselben; sowie der Socialdemokratie überhaupt Sorge zu tragen. Es ist dieses um so mehr anzuerkennen, weil in der dortigen Gegend

unsere Bewegung sehr im Argen liegt, und den Arbeitern so wenig Gelegenheit geboten wird, sich mit den weltbewegenden Ideen des 19. Jahrhunderts vertraut zu machen. Denn wie überall, so geben sich auch dort die Herren der Bourgeoisie im Verein mit Pfaffen und Bureaukraten die größte Mühe, die Arbeiter in Noth und Unwissenheit zu erhalten, weshalb auch die Lebensgewohnheiten der dortigen Arbeiter mit denen des Erzgebirges auf gleicher Stufe stehen. Auf dem, ihr Arbeiter Breitenbachs, organisiert Euch zu einem Verein und ruhet nicht eher, als bis der letzte Curer Brüder in Euren Reihen steht, kämpft unerschrocken für Freiheit und Recht, und nur auf diese Weise wird es möglich sein, der niederdrückenden Willkür ein Ende zu machen. Zeigt unseren Unterbrüdern, daß überall, wo der Geist der Socialdemokratie die Arbeiter befreit, die Knechtschaft aufhören muß.

Wilhelm Dack, Berg 37.

NB. Das Agitationskomitee für Thüringen wird ersucht, oben genannten Ort nicht umgehend zu berücksichtigen.

Zürich. Es wird für die Parteigenossen von Interesse sein, zu erfahren, daß der bisherige polnische Verein für brüderliche Unterstützung in seiner Sitzung von Montag dem 20. Mai beschloffen hat, sich zu reorganisiren als polnischer sozialdemokratischer Verein. Als solcher hat der Verein zwar hauptsächlich die sozialdemokratische Agitation für Polen im Auge, er wird aber auch überall mit den sozialdemokratischen Vereinen anderer Nationalitäten gerne, wo es nöthig und nützlich ist, Hand in Hand gehen.

Der hiesige Schreinerstrike ist siegreich beendet! Das Resultat ist folgendes: 1) Es ist freigestellt, die Stundenarbeit einzuführen. 2) Der Normalarbeitstag ist auf 10 Stunden festgesetzt. 3) Eine Lohnerhöhung von 20% findet statt, vom Tage der Uebersicht an. 4) Das Minimum des Taglohnes ist auf 3 Franken gestellt. 5) Bei Stundenarbeit ist das Minimum 30 Ct. per Stunde.

Das ist der erste Sieg des 10stündigen Normalarbeitstages in der deutschen Schweiz. Vivat sequens! (Tagwacht.)

Reichenbach i. L. Neben den politischen und sozialen Fragen wird hierseits auch die religiöse von den Parteigenossen erörtert, so daß von Zeit vortrage gehört werden, um die Masse von der Unmöglichkeit eines übernatürlichen Gottes zu überzeugen. Dem entgegen erkannte unser Pastor Dr. phil. Geißler als seine Pflicht, gehörig mit dem sogenannten „Worte Gottes“ dreinzufahren und die Ungläubigen, „verirrte Verführer“ und dergleichen zu nennen. Ja, um möglichst Allen den Kirchbesuch zu ermöglichen, wurde der übliche Vormittagsgottesdienst an einem Werktag während der Fastenzeit auf Abend 7 Uhr verlegt, wozu die Herren Fabrikanten bereitwillig und einmütig die Etablissemens-schlossen, während bei Vereitigung der früh-Arbeitsstunde von 5-6 Uhr nur ausnahmsweise gehandelt wurde. Der rege Besuch dieser Abendgottesdienste, — ob aus Resignation oder weil den Arbeitern die Sonntagseileidung fehlt, — veranlaßte einen Antrag im Kirchenvorstande, damit auch außerhalb der Fastenzeit diesem „Bedürfnis“ abgeholfen werde, wonach diese Abendgottesdienste an Wochentagen fortgesetzt werden sollen. Ueber die Angelegenheit hat jedoch nichts weiter verlautet. — In einer vor Kurzem abgehaltenen Volksversammlung hielt Scholl aus Nürnberg einen sehr verständlichen, Zerbermann befriedigenden Vortrag. Eine vom erwähnten Pastor Geißler in den Druck gegebene Predigt stand mit auf der Tagesordnung und veranlaßte folgende Resolution: „Die heutige Versammlung verwarf sich ausdrücklich gegen die in der im Druck erschienenen Predigt des Herrn Dr. phil. Geißler ausgesprochenen Ansicht, daß die vorhandenen freieren religiösen Ansichten nur die Frucht auswärtiger und hiesiger Unkrautläufer sei, da sie schon vordem im kirchlichen Glauben keine Befriedigung mehr fand. Sie verwarf sich ferner gegen den Vorwurf der Lästerung und offenen Empörung gegenüber der Person Jesu, indem sie unbedacht ihrer freieren Ansicht von demselben gerade im Gegentheil überzeugt ist, daß es in der ganzen christlichen Kirche längst anders aussäe, wenn nicht gerade von denen, die sich seine Jünger nennen, sein ursprünglicher Geist wäre vorläugnet worden, und erklärt auch in Zukunft die freireligiösen Vorträge zu prüfen und demgemäß zu handeln.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter den Mitstimmenden waren auch die beiden hiesigen Redakteure, welche, als die Resolution in den Lokalblättern veröffentlicht werden sollte, sich dessen weigerten da sie sich vor dem Pastor fürchteten. Eine treffliche Illustration des Bibelspruches: „Thue Recht und schone Niemand!“

Das Gesuch der Leipziger Beurtheilten um Strafausschub bis zum 1. Juli ist abschlägig beschieden worden, und hat Liebkecht seine Haft am 15. ds. anzutreten.

Zum Gewerkschafts-Kongress.

Erfurt. Die Delegirten, welche Freitag Vormittag oder früher hier ankommen, werden ersucht, sich nach unserm Verlehr, Alter Schwan, Gothaerstraße, zu bemühen; von Sonnabend ab wird das Empfangskomitee, kenntlich an rothen Schleißen, auf dem Thüringer-Bahnhof zum Empfang anwesend sein. Die Delegirten wollen sich gleich nach ihrer Ankunft bei Unterzeichnetem anmelden.

Das Komitee.

(2) 1 E. Fris, Tischler, Renegasse 5.

Im Verlage der Expedition des „Volkstaat“ ist erschienen, resp. von ihr ist zu beziehen:

Table with 2 columns: Author/Title and Price (Lhr. gr. pf.).

Table with 2 columns: Title (e.g., Zur Erinnerung für die deutschen Nordpatronen) and Price (Lhr. gr. pf.).

Für den „Volkstaat“.

Von Parteigenosse Gierz in Leipzig gratis zurückhalten Schuldschein Nr. 70 zu 1 Thlr. — Von Parteigenosse Wimpfänger in Schneidbach gratis zurück Schuldschein Nr. 93 zu 2 Thlr. — Exped. d. Volkst.

Berichtigung.

In Nr. 43 (Ant. ort auf den Separatfel des „Neuen Socialdemokrat“) muß es bezüglich der Unterstützung der Dresdener Tischler durch Berlin heißen: „die Dresdener haben verhältnißmäßig 3 mal mehr gesandt.“

Arbeitsmarkt.

Gesucht: Ein zuverlässiger tüchtiger Schreiner findet bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung. Zu erfragen bei J. Jann, Waisenhausstr. 26 in Cassel.

Briefkasten.

der Expedition: A. Heinrich in Berlin: Das Gewünschte erhalten Sie vom Ausschuss, an den Sie sich wenden wollen. Eisenacher Protokolle à 1/2 Gr. sind hier vorräthig. Ihr Brief kam an, als das Blatt schon gedruckt war. — Müller in Glauchau: Für Schriften 1 Thlr. — Aufschäffel in München: Nr. 42 wurde von uns aus richtig effectuirt, muß also durch die Post verloren worden sein. — H. M. in Berlin: Für Annonce 16 Gr., für Schriften 1 Thlr. 26 Gr. — J. D. Hrz. in München: sozialistische Zeitungen in franz. Sprache sind: Liberté und Internationale, erscheinen wöchentlich in Brüssel, und Egalité, erscheint in Genéve wöchentlich einmal, letztere kosten pro Halbjahr 2 Fres. 40 Cent.; — G. K. Holz. in Kalen: Für Schriften 1 Thlr. 20 Gr. — W. Kees in Budau: Für Schriften 2 Thlr. 20 Gr. — P. Böhner in Waldenburg (Schlesien): Für Schrift 27 Gr. erhalten der Redaktion: D. in Herborn: Angewonnen. Aufnahme erfolgt d. m. nächst. — Konstanz: E. Auf Ihre Depesche ging sofort Brief an Sie ab; Vorstand der hiesigen Schuhmachergemeinschaft verstand die Depesche ebenso wenig wie wir. — J. Erfurt. Annonce kostet nichts. — Parteigenosse Simon wird ersucht, der Redaktion seine Adresse für die nächsten 2-3 Wochen gef. baldigst mitzutheilen. — W. B. Pforzheim. Ihr Brief ward dem Ausschuss gesandt.

Herc, Hamburg: Habt Ihr meinen Brief vom 12. Mai erhalten? Schauer.

Aufforderung.

Herr Wilhelm Schmidt aus Hadamar wird ersucht, mir Vollmacht zu senden, behufs Erhebung der confiscirten Schriften. Herborn, 30. Mai 1872. A. Heinz.

Für Altona.

Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins Donnerstag, den 6. Juni, bei Herrn Erdler, Nordernstraße 37. Tagesordnung: Vorlesung aus: „Der Braunschweiger Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Köpen und vor dem Gericht von W. Bracke.“ NB. Um das Erscheinen der Mitglieder wird dringend gebeten. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Heutlingen.

Die Leser des „Volkstaat“ von hier und Umgegend werden zu einer wichtigen Besprechung auf nächsten Samstag, den 8. Juni, ins Gasthaus „zum See“ freundlich eingeladen. J. Koller.

Für Göttingen.

Nächsten Sonntag Abend Zusammenkunft bei Wittwe Braun, Obere Deutau.

Für Dresden.

Zur Notiz. Allen Schneidergehilfen, welche Dresden besuchen, zur Notiz, daß wir unsern Verlehr und Arbeitsnachweis zu Herrn Taggeßel, Gerbergasse Nr. 2, verlegt haben, und bitten wir, für weitestehende Verbreitung dieser Notiz zu sorgen. Dresden, im Mai 1872.

Die Lokal-Kommission hiesiger Schneidergehilfen

J. A. G. Stühr, Vorsitzender.

Auf Vorstehendes Bezug nehmend, werde ich demütht sein, durch gute Speisen und Getränke, sowie gute und billige Beherbergung die Wünsche meiner sehr geehrten Gäste zu befriedigen zu stellen. Indem ich die zureisenden Herren bitte, bei mir einkehren zu wollen, zeichne ich

Hochachtungsvoll J. A. Taggeßel, Verlehrswirth.

Für Breslau.

Arbeiterverein Geselligkeit. Sonntag, den 9. d. M. Nachmittags 4 Uhr, gesellige Zusammenkunft mit Damen in Paul's Garten, Rehlsgasse Nr. 4. Bei günstiger Witterung wird von da aus noch ein Spaziergang unternommen. Um recht zahlreiche Theilnahme bittet der Vorstand.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Montag, den 10. M. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in Paul's Restauration, Rehlsgasse Nr. 4.

Tagesordnung:

- 1) Die Wohnungsnoth und die Beschlüsse der Versammlung im Café-Restaurant vom 29. Mai d. J., Vortrag von M. Reißner. 2) Diskussion, Fragekasten u. Um zahlreiche Theilnahme ersucht

H. Dehne.

Für Leipzig.

Das Agitationskomitee versammelt sich Donnerstag, den 6. d. M. 1/9 Uhr im Arbeiter-Bildungsverein, Ritterstr. Nr. 43. Aller Erscheinen ist nothwendig.

Für Leipzig.

Socialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag den 7. Juni Abends 8 Uhr im Leipziger Saal.

Tagesordnung:

Social-politischer Wochenbericht; Referent: Reißner; politische und persönliche Freiheit; Referent: Seifert I.

Der Vorstand.

Lebewohl!

Bei meiner Abreise nach Brasilien, (Kolonie Blumenau) rufe ich allen Parteigenossen ein herzliches Lebewohl zu! Friedrich Friedrich nebst Familie aus Waldenburg Sachsen. Der Arbeiter-Harmoni zu Waldenburg sage ich meinen herzlichsten Dank für das schöne Geschenk. D. D.

Dank.

Wir Unterzeichnete fühlen uns gedrungen, den Pforzheimer Parteigenossen sowie allen dortigen Arbeitern unsern herzlichsten Dank auszusprechen für die bei unserer Agitation und gewählter freundlicher Aufnahme, sowie für die rege Theilnahme an den beiden Versammlungen trotz aller Schwähungen und Verdächtigungen, die man in der Pforzheimer Presse (Geobachter) gegen die Social-Demokratie und ihre Agitatoren geschleudert hat. Wir hegen die Hoffnung, daß die Saat reichlich Früchte tragen werde.

Als muthig vorkämpfend für die Prinzipien der Socialdemokratie! W. Schmidt (vormals in Herborn) und H. Schob, Mainz.

Leipzig: Beranow. Redakteur A. Ruth; Redaktion u. Expedition Gohestr. 4; Druck u. Verlag v. F. Thiele.